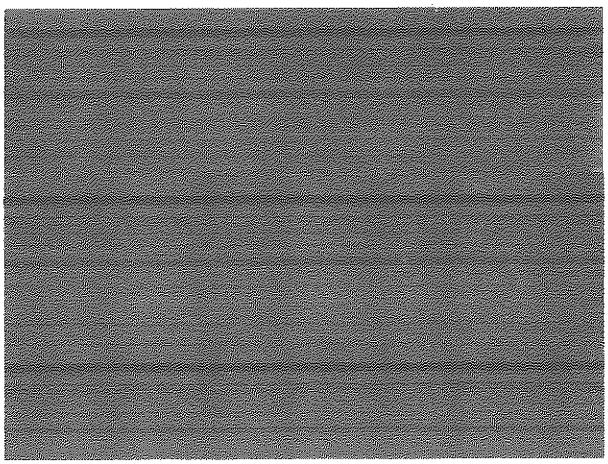

STANDPUNKTE 35/2011

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT VON ATTAC

DIE FINANZMÄRKTE KONTROLLIEREN STATT DIE BEVÖLKERUNG VON SCHULDNERSTAATEN AUSZUPRESSEN

ZEHN ARGUMENTE ZUM UMGANG MIT DER EUROPÄISCHEN FINANZKRISE

ANLASS UND ABSICHT: EIN NOTRUF

Die Finanzkrise ist die Zuspitzung der in einer kapitalistischen Gesellschaft unvermeidbaren «finanziellen Instabilitäten». Um finanzielle Verluste der Finanzinstitute zu vermeiden, weil die Politiker fürchten, deren Konsequenzen nicht bewältigen zu können («too big to fail»), werden gigantische staatliche Rettungspakete geschnürt, deren Kosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa zu übernehmen haben. Die immer nur vorläufige Stabilisierung der Finanzmärkte erfolgt mit einem frontalen Angriff auf Einkommen und Arbeitsplätze, auf soziale Errungenschaften und die Gemeinschaftsgüter und nicht zuletzt auf demokratische Teilhaberechte der Bevölkerung. Um die Finanzinstitute zu retten, wird die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, werden Einkommens- und Arbeitsplatzverluste, wird die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten auf dem reichsten Kontinent auf Erden in Kauf genommen, werden die Zukunftsaussichten einer ganzen Generation, werden Hoffnungen und Erwartungen zunichte gemacht.

Diese blinde Zerstörung durch die Retter des Finanzsystems kann nicht hingenommen werden. Weder in Griechenland heute, noch in Portugal, Irland, Italien oder Spanien morgen, oder in Frankreich und Deutschland übermorgen. Die entbetteten und entfesselten Finanzmärkte und die Akteure auf ihnen müssen zivilisiert, kontrolliert und strikt reguliert werden. Gewählte Regierungen knicken vor Rating-Agenturen ein, die durch nichts und niemanden legitimiert sind – es sei denn durch eben diese Regierungen. Parlamente haben nichts zu sagen. Die Europäische Union, die Zentralbank, der IWF und die Regierungen haben nur eines auf dem Programm: die Herstellung der Schuldendienstfähigkeit von hoch verschuldeten Ländern mit Hilfe einer Blut-und-Tränen-Austerity. Die Menschen in den Schuldnerländern müssen zahlen für das Versagen der Finanzmärkte. Sie sollen zahlen für die Folgen der Liberalisierung und Deregulierung in den vergangenen 30 Jahren überall in der Welt. Die privaten Verluste werden aus öffentlichen Kassen ausgeglichen, in Deutschland wie in den USA, in Island ebenso wie in Griechenland. Dazu mussten Kredite bei den Finanzinstituten aufgenommen werden, die gerade gerettet worden sind und denen so sichere Gewinne garantiert wurden.

Die öffentliche Verschuldung explodierte infolge dieses Manövers und löste die Währungskrise des Euro aus. Diese kann nicht durch ein Rettungspaket nach dem anderen zu Gunsten der Banken, Fonds und großen Vermögen bewältigt werden. Denn die Rechnung wird in Form von einem Kürzungspaket nach dem anderen der breiten Bevölkerung aufgelastet. Mit dieser Medizin wird, wie in Griechenland zu beobachten ist, nur die Wirtschaftstätigkeit betäubt. Die Finanzmärkte müssen wieder kontrolliert werden. Die Schuldenlast muss tragbar sein. Daher müssen die Forderungen der Gläubiger zusammen mit den Schulden zu einem als gerecht akzeptierten und auf transparente Weise ausgehandelten Teil gestrichen werden. Finanztransaktionen, die von der realen Wirtschaft in einem Rausch der Spekulation weitgehend entkoppelt worden sind, müssen ebenso besteuert werden wie die großen Vermögen und die hohen Einkommen.

Nicht nur das europäische Integrationsprojekt ist bedroht, wie selbst konservative Regierungsvertreter beklagen. Die europäischen Gesellschaften werden eine nach der anderen durch die Finanzmärkte ins Chaos gestürzt. Einige der großen Spekulanten haben erkannt, dass sie es zu weit getrieben haben. Nun wird die politische Klasse aufgerufen, die zerstörerische Dynamik der Finanzkrise zu stoppen und zwar durch politische Maßnahmen, die das Übel nicht noch verschlimmern. Dies ist ein Notruf. Denn Griechenland kann gar nicht mehr «sparen» und einen höheren Schuldendienst aus der Bevölkerung herauspressen, ohne sich selbst aufzugeben. Also muss nun der Notausgang auf der Seite der Finanzmärkte genommen werden. Ihnen und

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ihren Parteigängern ist es bis heute gelungen, den Ausgang zu verstellen und unpassierbar zu machen. Doch nun bleibt gar nichts anderes übrig als ein Schuldenschnitt, zusammen mit einer Reduktion der Gläubigerforderungen.

VORBEMERKUNG: ZUM CHARAKTER DIESES ARGUMENTARIUMS.

Im Folgenden sind Argumente als ein «Argumentarium» zusammengetragen worden, um diesen Notruf hörbar und verständlich zu machen. Ein Argumentarium ist kein Programm und auch kein Katalog von Maßnahmen der Krisenbewältigung. Es sammelt Argumente für die Auseinandersetzung mit Ursachen und Verlauf, mit den dramatischen Zuspitzungen und nicht zuletzt mit den Sackgassen und möglichen Auswegen aus der gegenwärtigen Krise, ohne zu beanspruchen, dabei erschöpfend zu sein. Für die politische Arbeit ist es notwendig, die wichtigsten Entwicklungstendenzen der Krise wenigstens in Umrissen zu kartieren. Denn nur dann ist es möglich, die griechische Krise, die schon als «Tragödie» interpretiert wird, in dem größeren historischen Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise zu verorten. Heute wird ein solches Unterfangen als das Entwerfen einer «Roadmap» des Krisenverlaufs bezeichnet. Diese wird in weiterer programmatischer Arbeit genauer darzustellen sein, sie wird verfeinert und sicherlich auch kontrovers gezeichnet. Da machen sich unterschiedliche theoretische Einschätzungen und politische Orientierungen geltend. Es gibt also nicht nur eine Sichtweise auf Entstehungsgeschichte, Ursachen, Auswirkungen, Handlungsoptionen und Lösungen.
Während der Europäischen Netzwerkakademie von ATTAC im August 2011 in Freiburg ist auf dem Treffen der Wissenschaftlichen Beiräte von Attac aus verschiedenen europäischen Ländern angeregt worden, mit einem eigenen Vorschlag zur Krisenbewältigung hervorzutreten. Dies soll im Verlauf des Herbstes 2011 geschehen. Zugleich wurde vereinbart, ein im Frühjahr 2011 vom Wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-Deutschland vorgelegtes «Manifest zur Krise des Euro – Die Schuldenkrise der Staaten kann nur durch grundlegende Reformen des globalen Finanzsystems und der EU überwunden werden» zu bearbeiten. Das ist schon deshalb notwendig, weil die öffentliche Debatte in eine falsche Richtung und in gefährliches Gelände führt. Die Schuldnerländer, heute vor allem Griechenland, sind darin die Schurken im Spiel, nicht etwa die Finanzmärkte und diejenigen, die mit ihrer Politik der Liberalisierung und Deregulierung für deren Funktionsweise und die dadurch ausgelösten Katastrophen Verantwortung tragen.
Das vorliegende Argumentarium ist lückenhaft. In ihm wird dem Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise mit der Energie-, Klima- und Nahrungskrise, also dem umfassenden und systemischen Charakter der Vielfachkrise zu wenig Rechnung getragen. Doch ist ein Argumentarium weder ein umfassendes historisches Werk zur Jahrhundertkrise noch eine Theorie der gesellschaftlichen «großen Transformation» im Verlauf der gegenwärtigen Krise.

1. ARGUMENT: DIE KRISE HAT SICH VON EINER PRIVATEN HYPOTHEKENKRISE ZU EINER INTERNATIONALEN BANKENKRISE ENTWICKELT – DOCH DAS WAR NUR DER ANFANG EINER WEIT GEFÄHRLICHEREN KRISENDYNAMIK.

Dass die gegenwärtige Krise die schwerste im Verlauf der letzten acht Jahrzehnte ist, wird von nahezu allen Beobachtern betont. Doch könnte dies eine Untertreibung sein. Es handelt sich um die schwerste Krise der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte. Dies ist nicht nur wegen der horrenden finanziellen Verluste und wegen des Wirtschaftseinbruchs in vielen Ländern der Fall, sondern weil ein Ausweg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Überwindung des Energieregimes verlangt, das seit der industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorherrschend gewesen ist. Die fossilen Energieträger gehen zur Neige, der Klimawandel ist bedrohlich und verlangt eine Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger und spätestens Fukushima hat gezeigt, dass die atomaren Energien keine Alternative sind.
Die gegenwärtige Krise wurde 2007/2008 zunächst gar nicht spektakulär im US-amerikanischen Immobiliensektor ausgelöst: als «Subprime»-Krise von eigentlich nicht kreditwürdigen Hypothekenschuldnern. Doch haben Banken und Fonds ihnen, häufig unter arglistiger Täuschung über die Konditionen, Hypothekenkredite in einer solchen Höhe aufgeschwatzt, dass die Immobilienbesitzer unter der Last des Schuldendienstes zusammenbrechen mussten, als die «Realwirtschaft» in eine Rezession geriet, Arbeitsplätze verloren gingen und folglich Einkommen ausblieben. Der kreditfinanzierte Boom war nun zu Ende, viele Hausbesitzer fanden sich unter den «homeless people» auf der Straße wieder. Die großzügig ausgeteilten Kredite wurden notleidend, und die komplexen Wertpapiere, zu denen sie mit Konsumentendarlehen, Überziehungskrediten von Kreditkarten, Studenten- und Autokrediten zusammengeschnürt worden waren, erwiesen sich als «toxisch». Sie verwandelten sich für eben jene Banken, die sie als innovative Finanzanlagen angepriesen hatten, in «Giftmüll», der aus den Bilanzen zu entfernen war, um nicht im Pleitestrudel mitgerissen zu werden.
Die «collateralized debt obligations» (CDOs) sind in der Erwartung einer hohen Rendite von Banken und Fonds in aller Welt zur profitablen Weiterveräußerung ins Portefeuille genommen worden. Die Investmentsparten der großen Banken expandierten und Wertpapierhändler machten gute Geschäfte. Die Sache schien sicher, weil Rating-Agenturen diese Papiere mit Bestnoten ausgestattet hatten und weil die Kredit- und Wertpapiergeschäfte durch Kreditversicherungen (CDS) abgesichert waren. Ermöglicht wurde all dies durch die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und weil die Manager der Finanzinstitute in der Erwartung hoher Renditen die neuen Freiheiten auf globalisierten Finanzmärkten ausgiebig genutzt haben. Es entstand eine Kreditblase von globaler Größenordnung. Nachdem diese geplatzt war, konnten die Eigner ihre Papiere nicht mehr oder nur zu hohen Verlusten los werden.
Warum musste die Blase platzen? Weil die «reale Wirtschaft» und damit die Lohn- und Gehaltseinkommen und die Gewinne nicht in dem Ausmaß zugenommen haben, wie es die steigenden und nach oben spekulierten Rendite- und Zinsforderungen verlangten. Schulden konnten nicht mehr «ordentlich» bedient werden, die Pleite war da, und sogleich massenhaft.
Die nationale Krise der «subprime»-Immobilien in den USA weitete sich zu einer internationalen Bankenkrise, die viele Institute, nun auch in Europa, in den Pleitestrudel riss. Die Gier nach schnellen und hohen Profiten hatte jede Vorsicht und die Anstandsregeln des «ehrbaren Kaufmanns» außer

Kraft gesetzt. Infolge der Deregulierung der Finanzindustrie in den vorangegangenen Jahrzehnten hatten inzwischen Finanzinnovationen das Feld für ein extremes Wachstum der Finanzmärkte bereitet: Die Finanzinstitute waren inzwischen zu groß geworden, um noch Pleite gehen zu können, ohne das gesamte System mitzureißen. Die Manager der Finanzinstitute fuhren mit komplexen Finanzinstrumenten zweistellige Renditen ein und «originierten» unanständige Fantasiegehälter und – prämien an sich selbst und ihre Leute. Sie selbst durchschauten diese aber nicht mehr. Wirtschaftswissenschaftler verdingten sich in dieser Edelwelt als Hofnarren, die es noch nicht einmal wagten, ihren Brötchengebern (die Brötchen, das waren satte Honorare) die Wahrheit zu sagen. Viele Koryphäen der Wirtschaftswissenschaften von US-amerikanischen Eliteuniversitäten wussten die bittere Wahrheit noch nicht einmal, verblendet wie sie von den Doktrinen des neoliberalen Mainstreams waren – und immer noch sind.
Sie wussten nur eines: die Banken, Fonds, Versicherungen durften nicht Bankrott gehen. Die kleinen Hypothekenschuldner, die einflusslosen so genannten NINJAs, Leute mit «No Income, No Job und No Assets», konnte man in die Pleite schicken, die «systemwichtigen» großen Banken, Fonds, Investmenthäuser aber nicht. Der Zusammenbruch des Systems musste wegen der nicht beherrschbaren Konsequenzen unbedingt verhindert werden. Zu diesem Zweck hatten die Finanzinstitute bereits eine bestens funktionierende Lobby aufgebaut und ein Netzwerk aus Politik, Wissenschaft und Medien gebildet. Um politische Entscheidungen zu ihren Gunsten herbeizuführen, waren sie auch bereit, das Lieblingsdogma von den effizienten Märkten und dem bürokratischen Ungeheuer Staat vorübergehend aufzugeben. Das Ungeheuer musste zu Hilfe eilen. Das hatte – anders als nicht wenige unter den kritischen Beobachtern vermuteten – nichts mit einer Wiederkehr des keynesianischen Staatsinterventionismus zu tun. Die Finanzinstitute haben vielmehr den Staat in ihren Dienst genommen. Trotz der von ihnen hoch gelobten «Schuldenbremse» hatten sie keine Skrupel, das staatliche Steuermonopol zu nutzen, um die hunderte von Milliarden Euro und US-Dollar schweren Rettungspakete für den Finanzsektor aus den Staatseinnahmen finanzieren zu lassen, die von den Steuern zahlenden Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht werden. Ohne die Staatshilfe hätte die Umverteilung von unten nach oben nicht so gut funktioniert.

2. ARGUMENT: DIE FINANZKRISE PRIVATER BANKROTTEURE WIRD ZU EINER SCHULDENKRISE SOUVERÄNER STAATEN UND DIES DROHT IN EINE GLOBALE HEGEMONIEKRISE ZU MÜNDEN; DABEI WIRD DIE FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN AUFGEWORFEN.

Die sozialstaatliche Umverteilung haben die Finanzinstitute und ihr wissenschaftlicher Anhang immer als ineffizient und letztlich auch unsozial kritisiert und bekämpft, weil die so genannten Leistungsträger belastet werden. Die finanzkapitalistische Umverteilung von den Lohn- und Transfereinkommensbeziehern zu der Klasse der großen Geldvermögensbesitzer hingegen haben sie als alternativlos gerechtfertigt. TINA (There is no alternative) ist nicht nur neoliberale Ideologie, sondern eine Formel zur Anleitung neoliberaler politischer Praxis. Die Finanzinstitute waren nach Jahren der Deregulierung und der hohen Gewinne, aus denen das hypertrophe Größenwachstum der Finanzinstitute finanziert worden ist, inzwischen «too big to fail». Die Regierungen unterwarfen sich dem mit ihrem Zutun entstandenen Sachzwang. In kürzester Frist wurden Mittel in der Größenordnung von hunderten, ja tausenden von Milliarden Euro und US-Dollar beiderseits des Atlantik aufgebracht, und zwar nicht aus privaten Taschen, in die zuvor die fetten Gewinne, Prämien, Honorare geflossen sind, sondern aus öffentlichen Kassen.
Die herrschenden Eliten griffen auf die Staatsfinanzen zu, so als ob demokratische Regeln, Gesetze, Verwaltungsvorschriften, ja die Verfassung und politische Diskurse, in denen Traditionen, Erfahrungen, kulturelle Bindungen kondensiert sind, sie nichts angingen. Sie hatten keinerlei Bedenken, zur Rettung der privaten Banken und Fonds und der dort angelegten großen privaten Geldvermögen die Staatsverschuldung über alle Grenzen zu jagen, die sie – in Europa mit den Maastricht-Kriterien – selbst festgelegt hatten. Sie hatten keinerlei Skrupel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugunsten der Renditeerwartungen von Finanzanlegern zu opfern.
Die großen Vermögen, die so gerettet wurden, sind zu einem guten Teil in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten der Steuersenkungen zu Gunsten der Reichen und durch die Finanzmarktderegulierung entstanden. An dieser Politik waren konservative und sozialdemokratische, liberale und grüne Regierungen gleichermaßen beteiligt, und zwar überall in Europa. Sie haben die einmal eingeschlagene Linie der einseitigen Vermögensbildung bei den Reichen und der Plünderung von unteren und mittleren Schichten der Einkommens- und Vermögenspyramide und somit die Umverteilung von unten nach oben auch in der Wirtschaftskrise bedenkenlos fortgesetzt, ja zugespitzt. Dabei haben zunächst die Krisenmechanismen geholfen: Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste, Entwertung. Dann wurde mit Hilfe der Politik gegen die Krise die Umverteilung fortgesetzt: mittels der «Grausamkeiten» der Austerity-Politik.
Denn die extrem hohen Kosten der Bankenrettung (die sich wohl auf den Betrag von tausenden von Milliarden Euro belaufen und die noch durch die Kosten der Rettung von Industrieunternehmen, die Steuerausfälle infolge von Arbeitslosigkeit etc. gesteigert wurden), die von der öffentlichen Hand aufgebracht wurden, verwandelten die Finanzkrise der Privaten in die Fiskalkrise souveräner Nationalstaaten. Gefragt wurde kaum jemand, zuallerletzt der oder die Bürgerin in ihrer Eigenschaft als Steuerzahlerin. In der Europäischen Währungsunion war es unvermeidlich, dass die Fiskalkrise der Nationalstaaten sich zur internationalen Währungskrise hochschaukelte. Denn die wachsenden Defizite der Staatshaushalte erhöhten das Risiko des Zahlungsausfalls von Staatsanleihen, die nicht zuletzt zur Finanzierung der Rettungspakete ausgegeben wurden. Dieses wachsende Risiko wiederum begründete die Abstufung der Kreditwürdigkeit verschuldeter Staaten durch Rating-Agenturen, auch wenn diese sich bemühten, den «downgrade» als eine «Meinungsäußerung» kleinzureden. Denn in Haftung für die Folgen ihres Tuns wollten sie nicht genommen werden; das könnte sie zu viel kosten. Dennoch nahmen die wichtigsten Akteure auf Finanzmärkten diese «Meinungsäußerungen» als bare Münze und als ein Signal, gegen das entsprechende Land mit verschlechtertem Rating zu spekulieren, sie hatten ja alle Freiheiten und Instrumente, dies zu tun. Dass sie in diesem lukrativen Spiel auch die Gemeinschaftswährung mit einem

bösen Foul in der globalen Währungskonkurrenz schädigten, war ihnen egal. Denn in dem Spekulations-Catch-as-catch-can gab es keinen Schiedsrichter, der sie hätte vom Platz stellen können. Und außerdem hatten sie seit dem Ende des Bretton Woods-Systems 1971/1973 gelernt, dass es sich umso besser und gewinnträchtiger spekulieren lässt, je volatiler das Auf und Ab von Kursen und Zinsen ist. Die Fiskalkrise einzelner Staaten des Euro-Währungsraums hat sich also zur Krise des Euro in der globalen Währungskonkurrenz ausgewachsen.

Die Hypothekenkrise von zunächst, wie es schien, nur privaten, kleinen Kreditnehmern hat sich in eine Bankenkrise (also der wichtigsten Institutionen des Finanzsektors) und diese in eine nationalstaatliche Fiskalkrise und letztere in eine Währungskrise mit internationalen Ausmaßen transformiert. Die nächste Krisenetappe könnte eine globale Hegemoniekrise sein. Mit dieser ist zu rechnen, wenn es zur Auseinandersetzung um die Frage kommt, welche der heutigen Währungen zur Weltwährung der Zukunft, zur Handels- und Reservewährung, zur Währung der Finanztransaktionen und vor allem zur Währung wird, in der der Lebenssaft des industriellen und postindustriellen Zeitalters, das Öl, fakturiert wird. Bleibt dem US-Dollar der Thron erhalten, der das Recht auf Seignorage, auf «Tribute» an die «Königswährung» begründet oder muss der US-Dollar abdanken? Wiederholt sich die Geschichte der Krise nach 1929, als das bis dahin hegemoniale britische Pfund Sterling in den eineinhalb Jahrzehnten vom Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 bis zur Errichtung des Dollar-Währungssystems der Nachkriegszeit im Jahr 1944 vom US-Dollar als neuer Weltwährung entthront wurde?

Welche Währung folgt heute? Der Euro, der Yuan (oder Renminbi), mehrere regionale Währungen, eine globale Kunstwährung? Ohne heftige politische Konflikte wird diese Frage nicht beantwortet. Die Hegemonialkonflikte der 1930er Jahre, nationalsozialistische Terrorherrschaft und Faschismus und der Zweite Weltkrieg kommen in Erinnerung – und die Mahnung, alles zu tun, um Ähnliches etwa acht Jahrzehnte später unbedingt zu verhindern. Es geht heute also nicht nur um die Krise von Wirtschaft und Finanzen, es geht in der gegenwärtigen Krise wie vor 80 Jahren um den Frieden in der Welt.

3. ARGUMENT: DIE NOTWENDIGKEIT DES ÖFFENTLICHEN KREDITS ERGIBT SICH AUS DER LOGIK EINER WÄHRUNGSUNION: DIE GEMEINSAME WÄHRUNG IST NICHT NUR MITTEL DER WARENZIRKULATION, SIE IST AUCH KREDIT.

Trotz der «Schuldenbremse» der Maastricht-Kriterien – das laufende Defizit darf drei Prozent des BIP nicht überschreiten und die Staatschulden nicht größer sein als 60 Prozent des BIP; eine Regel, die inzwischen jedes Kind im Euroraum herbeten kann – ist die Fiskalkrise der Eurostaaten explodiert. Im Jahr 2011 liegt die griechische Verschuldung bei 157,7 Prozent des BIP, die italienische bei 120,3 Prozent, die irische bei 112 Prozent, in Portugal beträgt sie 101,7 Prozent, aber auch in Frankreich 84,7 Prozent oder in Deutschland 80,0 Prozent, in Österreich 73,8 Prozent und in Spanien «nur» 68,1 Prozent. Das alles ist aber gar nichts verglichen mit der Schuldenquote Japans, die bei mehr als 180 Prozent des BIP liegt. Doch Japan ist ebenso wenig Mitglied des Euroraums wie Kalifornien, wo die Schuldenquote ähnlich hoch ist.

Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, wer die Gläubiger der öffentlichen Hand sind, wer die Staatsanleihen hält. So lange wie die Verschuldung intern bleibt, also die Staatsschulden von den je nationalen Bürgerinnen und Bürgern finanziert werden, sind die Probleme gering. Dies ist in Japan und in den USA der Fall. Wenn die Schulden aber extern sind, gibt es Probleme, vor allem wenn der Schuldendienst in Fremdwährung aufgebracht werden muss. Das war das Problem der verschuldeten Länder der «Dritten Welt» in den 1980er Jahren: Sie waren vor allem in US-Dollar verschuldet und mussten daher die US-Dollar erst durch Exportüberschüsse einnehmen, um sie dann als Schuldendienst abführen zu können. Damals ist das Regelwerk des «Washington-Konsens» durch IWF, Weltbank, OECD-Regierungen und «wissenschaftlichen Sachverstand» ausgearbeitet worden. Das bescherte der «Dritten Welt» ein verlorenes Jahrzehnt. Die Erfahrungen mit der Politik auf Grundlage des Washington-Konsenses waren es wohl, die die deutsche und französische Regierung, die EU-Kommission und die EZB dazu veranlassten, den IWF in die «Troika» des europäischen Krisenmanagements einzubeziehen. Der Washington-Konsens verlangt zweierlei: eine Politik der Austerity auf Seiten der Schuldner, um den Saldo des Primärbudgets (die Staatsausgaben und -einnahmen ohne Zinsen) zu steigern und so die Schuldendienstfähigkeit zu erhalten oder wieder herzustellen und auf Seiten der Gläubiger eine Beteiligung an der Krisenbewältigung dadurch, dass sie sich kooperativ verhalten und nicht aus einer staatlich vermittelten Gläubigerallianz ausscheren.

Leitlinie ist die so genannte Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung. Das könnten die Maastricht-Kriterien sein, doch setzt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Verschuldungsgrenze höher an, bei 85 Prozent bis 90 Prozent. Wird die Verschuldung in Fremdwährung kalkuliert, liegen hingegen die Tragfähigkeitsgrenzen niedriger: Reinhart und Rogoff geben die Tragfähigkeitsgrenze der Verschuldung aufgrund ihrer Langfristuntersuchungen mit 30–35 Prozent des BIP an, Gallagher kommt auf durchschnittlich 43,7 Prozent seit den 1970er Jahren. Doch die meisten Euro-Länder liegen weit darüber und viele Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens haben ebenfalls höhere externe Schulden in Fremdwährung. Wegen der sog. Unabhängigkeit der EZB sind die Länder der Eurozone zwar in ihrer «eigenen» Währung, aber eben doch extern verschuldet. Die Verschuldungsgrenze hängt auch von der Zinshöhe und von den Refinanzierungsmöglichkeiten ab, d. h. auch von der Größe des Anleihemarktes. Objektive Kriterien der Verschuldung und der Tragfähigkeit gibt es also nicht.

Auch die Defizite der Staatshaushalte in der Eurozone (gemessen am BIP) sind höher als die Maastricht-Kriterien erlauben: in Griechenland sind es im Jahre 2009 12,7 Prozent, in Irland 12,5 Prozent, in Spanien 11,2 Prozent, in Großbritannien 12,9 Prozent – um nur einige Beispiele zu erwähnen. Die Zahlen erschrecken Bürgerinnen und Bürger in der Eurozone, und zwar zu Recht. Für die großen Geldvermögen allerdings sind die Defizite eine gute Sache. Denn sie sind die Bedingung dafür, dass die Vermögen in Europa und anderswo in der Welt zu hoher Rendite angelegt werden können. Wie sollte dies denn möglich sein, wenn es keine soliden Schuldner gäbe?

Die Häuslebauer und Unternehmen sind als Kreditnehmer infolge der Krise weitgehend ausgefallen. Da auch die Auf-

nahmefähigkeit der Länder der Dritten Welt für hohe Renditen suchende Investitionen begrenzt ist, bietet sich der öffentliche Sektor in Europa als Schuldner für das Anlage suchende liquide Finanzkapital an. Natürlich dürfen die Anlagen nicht zu risikoreich sein. Wo findet man aber ein geringeres Risiko als bei öffentlichen Anleihen, zumal wenn diese durch einen Rettungsfonds, durch die European Financial Stability Facility (EFSF, ab 2013 «European Stability Mechanism») mit 440 Mrd. Euro (mindestens) gesichert sind? Die Refinanzierung der auslaufenden Altschulden und die Finanzierung neuer Schulden ist also ein gutes Geschäft, so lange wie das Risiko politisch begrenzt wird. Ein Gutteil der Auseinandersetzungen in der Eurozone um die Ausgestaltung von Sicherheiten, Rettungspaketen, Rückzahlungsmodi ist dieser Frage geschuldet: Wie können öffentliche Schulden ausgestaltet werden, damit ihre Finanzierung für die privaten Finanzinstitute zugleich lukrativ und sicher ist? Reichen die 440 Milliarden Euro Sicherheiten oder müssen noch mehr Milliarden in Reserve gehalten werden? Wenn diese Frage für den Finanzsektor zufriedenstellend beantwortet werden kann, dürfte es nicht unmöglich sein, im Jahre 2012 für Griechenland 47,8 Mrd Euro, für Spanien 143,3, für Italien 317,6 und für Frankreich 217,5 Mrd. Euro zur Refinanzierung von Schulden auf dem Finanzmarkt einzusammeln.

Wenn die Finanzinstitute (1) von der Europäischen Zentralbank (EZB) zu niedrigem Zinssatz Geld leihen können, (2) das Risiko durch den EFSF begrenzt wird, (3) die Rating-Agenturen die Bonität der verschuldeten Staaten negativ bewerten, so dass hohe Risikoaufschläge von bis zu einigen hundert (zeitweise waren es sogar für Länder wie Griechenland mehr als 1000) Basispunkten verlangt werden können, und wenn (4) der interne und externe politische Druck ausreicht, um dem jeweiligen Land die Austeritypolitik aufzudrücken, ist die Quadratur des Kreditkreises im Rahmen dieser auf Plünderung der Bürger ausgerichteten Kollusion von privaten Investoren und öffentlicher Hand gelungen. Die privaten Finanzinstitute können die Hand aufhalten und prächtig verdienen, weil sie laut Maastricht-Vertrag als Mittler fungieren, wenn die europäischen Staaten das Geld aus der einen Tasche nehmen (aus der EZB), um es in die andere Tasche zu stecken (in die Budgets der sich verschuldenden Nationalstaaten). Die Bank gewinnt immer. Eine ähnliche Kollusion gibt es auch bei der Kreditvergabe an Länder der «Dritten Welt»: Die privaten Investitionen sind mit im Durchschnitt 39 bilateralen Investitionsabkommen pro Land öffentlich vor den Bürgerinnen und Bürgern und deren Ansprüchen geschützt.

Die Risiko-Differenzen zwischen den Ländern einer Währungszone, ausgedrückt als «Spreads», sind das Markenzeichen des Euroraums: Sie waren nach der Spekulationskrise gegen das Europäische Währungssystem zu Beginn der 1990er Jahre bis zur Einführung des Euro im Jahre 1999 sehr hoch, dann bis zum Beginn der Finanzkrise 2008 sehr gering, um seitdem erneut zu «explodieren» – innerhalb eines Währungsraums, und das ist das Ungewöhnliche. Für Griechenland und andere hoch verschuldete Länder sind die Zinsdifferentiale sehr hoch – jedenfalls gemessen an den Zinsen, die das mit AAA bewertete Deutschland auf Finanzmärkten zu zahlen hat. Immer wenn es im Raum Preis- bzw. (bei Staatsanleihen) Zinsdifferenziale gibt, können sich Finanzanleger (Banken, reiche Geldvermögensbesitzer durch Anlagefonds etc.) diese zu Nutze machen. Wenn die Differenziale verschwinden, hört auch die Spekulation mit ihnen auf, weil die Möglichkeiten schwinden, Geschäfte zu machen.

Dies ist ein Grund, weshalb sich gerade die Verteidiger «freier» Finanzmärkte und neoliberale Hardliner gegen Eurobonds wenden: Diese würden ja die Risiken von Staatsanleihen innerhalb des Euroraums verringern und dazu beitragen, dass auch die Differenziale der Risikoaufschläge abgebaut werden oder gar verschwinden. Die Spekulationsgewinne würden also unter der Herrschaft des «Zinssozialismus» (so Rainer Brüderle aus dem politischen und Hans-Werner Sinn aus dem akademischen Neoliberalismus) geringer als auf «freien Märkten» ausfallen. Es erstaunt immer wieder, mit welch unverfroren demagogischen Begriffen in öffentlichen Diskursen zu punkten versucht wird.

Dabei würden gemeinsame Euroanleihen (Eurobonds) nur dazu beitragen, dass der Logik des Geldes, und das ist im Euroraum der Euro, Rechnung getragen wird. Der Euro ist heute der «Denominator» (Wertmaß) aller monetären Beziehungen im Währungsraum. Er fungiert auch als ein Mittel, mit dem die Waren und Dienstleistungen zirkuliert werden. Er ist Wertaufbewahrungsmittel – innerhalb des Euroraums zu fast 100 Prozent, in der Weltwirtschaft zu etwa 26 Prozent (gemessen am Euroanteil an den globalen Währungsreserven). Der Euro funktioniert also als Geld im Raum, aber nur unvollkommen als Zahlungsmittel, als Kredit in der Zeit. Für dessen Werthaltigkeit ist nicht die Instanz, die den Euro emittiert, nämlich die EZB zuständig, sondern der jeweilige Nationalstaat. Eurobonds könnten diesen Mangel einer gemeinsamen Währung verringern, doch nicht beseitigen, da ja keine gemeinsame Institution vorgesehen ist, die die Eurokredite ausgibt. Das könnte nur eine spezielle europäische Bank zur Staatsfinanzierung leisten oder aber die EZB, deren Statut entsprechend geändert werden müsste. Es ist klar, dass auf diese Weise den privaten Banken eine heute sichere Quelle für ihre hohen Gewinne abgegraben würde – zum Wohle der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die schon bislang einen viel zu hohen Preis für die Banken gezahlt haben.

Es ist freilich notwendig, dass dann auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten im Euroraum angeglichen werden. Europäische Anleihen erfordern auch die Angleichung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik und der Entwicklung der Lohnstückkosten. Dies würde heute unbedingt verlangen, dass in Deutschland die Löhne steigen, um innerhalb des Euroraums zu einigermaßen ausgeglichenen Handelsbilanzen zu gelangen. Der ökonomisch sinnvolle und notwendige Lohnanstieg in einem Überschussland wie Deutschland wird nur mit gestärkten Gewerkschaften möglich sein. Also müssen die politischen Rahmenbedingungen des gewerkschaftlichen Handelns angeglichen werden, zumindest durch die Einführung von Mindestlöhnen, um die Niedrig- und Armutslöhne in einem hoch-produktiven und daher höchst wettbewerbsfähigen Land zu verhindern.

Doch dies kann nur gegen die herrschende Wirtschaftspolitik gelingen, die den Maßregeln der Austerity folgt und dabei ist, die notwendige Angleichung der Wirtschaftspolitik als autoritäre Veranstaltung zu organisieren. Die vielfach geforderte europäische Wirtschaftsregierung wäre eine sichere Methode, mit der die verbliebenen demokratischen Beteiligungs-

rechte eingesammelt würden. Die Angleichung und daher Zentralisierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen und Maßnahmen macht daher eine Stärkung der demokratischen und sozialen Bewegungen unbedingt erforderlich. Die wirtschaftspolitische Zentralisierung in Europa verlangt wirtschaftsdemokratische, genossenschaftliche und solidarische Gegengewichte.

4. ARGUMENT: DIE DEUTSCHE SCHULDENBREMSE VERSCHÄRFT DIE FINANZKRISE.

Die Maastricht-Kriterien verlangen, wie schon erwähnt worden ist, eine Verschuldungsobergrenze der öffentlichen Haushalte. Das ist bereits eine Schuldenbremse, der gegenüber die Besonderheit der «deutschen Schuldenbremse» darin besteht, dass implizit zwischen einem Budget, das die Zahlungen des Schuldendienstes enthält («Sekundärbudget») und allen übrigen Etatposten («Primärbudget) unterschieden wird. Der Schuldendienst hat für einen Nationalstaat im Umfeld liberalisierter internationaler Finanzmärkte die höchste Priorität, um nicht von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten zu werden. Das Sekundärbudget ist daher sakrosankt, so dass die Ausgaben des Primärbudgets, also die Transferleistungen des Sozialhaushalts, die Personalausgaben für den öffentlichen Dienst oder die öffentlichen Investitionen, im Falle des Falles zusammengestrichen werden, um Mittel für den Schuldendienst im Sekundärbudget frei zu machen. Im Eurogebiet ist die Primärbilanz aller Staatseinnahmen und -ausgaben strukturell positiv. Erst wenn man den Schuldendienst im Sekundärbudget mitrechnet, kommen die hohen Defizite der öffentlichen Haushalte zustande, die nun die Schuldenbremser des Primärbudgets auf den Plan rufen. Alle teilen im Wesentlichen das Ziel, die Verschuldung zu reduzieren. Die Regeln dieses abgekarteten Spiels haben eine ausgesprochen ungleiche Verteilung von Gewinnen und Verlusten zwischen den beteiligten Ländern und zwischen den Beziehern von Löhnen und Gehältern auf der einen Seite und den Gewinn- und Renditebeziehern andererseits zum Ergebnis. Denn wenn finanzielle Mittel von den Posten des Primärhaushalts ins Sekundärbudget transferiert werden, sind das immer auch Transfers von der «realen Ökonomie» in den Finanzsektor. Sie tragen mithin zur weiteren Finanzialisierung des finanzgetriebenen Kapitalismus bei.

5. ARGUMENT: MIT AUSTERITY-MASSNAHMEN WIRD DIE LAST DER BEWÄLTIGUNG DER FINANZKRISE ALLEIN DEN SCHULDNERN ZUGEMUTET, NICHT DEN KREDITGEBERN.

Das abgekartete Spiel hat einen Namen, es heißt «Austerity». Die Spielregeln verlangen von den Spielern, eine «Liste der Grausamkeiten» umzusetzen. Dieses Spiel ist bereits während der Schuldenkrise der «Dritten Welt» in den 1980er Jahren erfunden worden, und man hat den IWF wohl auch deshalb 2009 in der Eurokrise nach Europa geholt, um seine Expertise bei Austerity-Maßnahmen zu nutzen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass zuerst Großbritannien und Italien in den 1970er Jahren gleich nach dem Ende des Bretton Woods-Systems Austerity-Maßnahmen über sich ergehen lassen mussten, um Lira und Pfund Sterling vor der ungebremsten Abwertung zu bewahren. «La Stangata» – Knüppel aus dem Sack – wurde die Austerity damals in Italien genannt. Die Prügel werden auch heute wieder ausgeteilt: Entlassungen im Öffentlichen Dienst, eine Kürzung der Löhne und Gehälter und eine Schwächung der Gewerkschaften, die Verringerung der Renten und die Anhebung des Rentenalters («Rente mit 67» für alle Europäerinnen und Europäer), die radikale Einschränkung öffentlicher Investitionen, eine Anhebung der Verbrauchssteuern, die weitere «Flexibilisierung des Arbeitsmarktes» nach unten und eine Arbeitszeitverlängerung, die die Gewerkschaften schwächen und den bescheidenen sozialen Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte rückgängig machen sollen. Hinzu kommen die «debt-for-equity»-Transaktionen, d. h. die umfangreichen Privatisierungen von Volksvermögen, von öffentlichen und gemeinschaftlichen Gütern. In vielen europäischen Ländern machen sich Resignation, Verunsicherung, Verzweiflung breit. Die politische Klasse in der Eurozone und in der EU generell folgt devot den Signalen der Finanzmärkte und erklärt diese zum Wegweiser des Fortschritts. Sie ist sogar für die Wut und Empörung der Menschen taub, reagiert mit Ignoranz und Repression auf die Empörten, die Indignados. Die Neoliberalen folgen dabei Margret Thatchers Wort, sie kenne keine Gesellschaft, sondern nur Individuen, die sich und ihre Waren über den Markt austauschen. Da vergesellschaftende Organisationen missachtet und behindert werden, z. B. Gewerkschaften, und auf dem Markt diejenigen ohne oder mit geringem Einkommen nichts gelten, können sie als Individuen nur revoltieren und dabei bestenfalls neue und zum Teil überraschende und fantasievolle Organisationsformen via Internet entwickeln. Auf die revoltierenden Indignados aber reagiert die neoliberale Politik nicht nur im arabischen Raum, sondern auch in Europa autoritär und mit der Gewalt des Staates.

Für Geldvermögensbesitzer, Kapitaleigner und die sie stützenden Schichten gilt auch weiterhin die Aufforderung aus dem vorrevolutionären Frankreich der Physiokraten: «Enrichissez-vous». Die Neoliberalen haben ihr die Weihe eines ökonomischen Prinzips gegeben, die Finanzspekulanten haben es zur persönlichen Gier fortentwickelt. Der Raubzug derjenigen, die über Geldvermögen verfügen, gegen diejenigen, die von ihrer Arbeit leben, wird mit Hilfe der Austerity auch in der Krise fortgesetzt. Die Finanzmärkte sollen stabilisiert werden, erklärt die politische Klasse. Ihre Austerity aber ist ein sicheres Mittel, um die soziale Spaltung zu vertiefen, die Politik zu destabilisieren, die Demokratie zu demolieren und den Boden für alle möglichen Populismen und Phobien zu bereiten. Europa befindet sich nach Jahren der Austerity nicht nur in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern in einer tiefen Krise der Politik, der kulturellen Werte sozialer Gerechtigkeit und der Demokratie. Der demokratische Widerstand gegen die Austerity ist notwendig. Die Aufforderung «Empört Euch!» ist berechtigt. Die schamlose Bereicherung auf Kosten der Armen muss beendet werden.

5A. ARGUMENT: DIE UMFANGREICHEN STAATSHILFEN ZUGUNSTEN PRIVATER KAPITALINTERESSEN UNTERGRABEN DIE HERRSCHENDE IDEOLOGIE MARKTWIRTSCHAFTLICHER SACHZWÄNGE.

Der Kapitalismus befindet sich in einer ideologischen Krise. Die riesigen Staatshilfen zugunsten privater Kapitalinteressen blamieren die Ideologie einer auf Eigenverantwortung gründenden Marktwirtschaft. In diesem Sinne entpuppt sich der Staat als keineswegs ohnmächtig und hilflos den Sachzwän-

gen des Marktes ausgeliefert, sondern als ein von den Finanzinstitutionen um Hilfe angerufener mächtiger Akteur. Diese Ideologiekrise des Kapitalismus begünstigt Widerstand.
Die EU-Verträge verbieten eigentlich die Rettung von EU-Staaten, die pleite sind, durch andere EU-Staaten oder durch die EZB. Gegen beides wird derzeit verstoßen, weil sich sonst die sog. Geberstaaten direkt um die Banken kümmern müssten, sei es dass diesen geholfen wird, sei es dass diese verstaatlicht werden müssten. Der ideologische Schaden erschien wohl geringer, wenn, statt direkt Banken zu helfen, diesen indirekt geholfen würde, indem man EU-Staaten bei Verletzung von EU-Verträgen rettet.

6. ARGUMENT: ES IST NICHT MÖGLICH, «AUS DEN SCHULDEN HERAUSZUWACHSEN», DAS «GRÜNE WACHSTUM DER GRENZEN» IST IM KAPITALISMUS EINE ILLUSION.

Es scheint eine elegante Lösung für die Fiskalkrise der Nationalstaaten und daher auch für die Eurozone jenseits der Austerity zu geben: nachhaltiges, «grünes» Wachstum. Dann können die Schulden aus einem wachsenden BIP nach und nach abgetragen werden. Je höher die Wachstumsrate, desto schneller geht es. Das war schon das Rezept der Institutionen von Bretton Woods für die Länder der «Dritten Welt» in den 1980er Jahren. Sie sollten «aus den Schulden herauswachsen». Das hatte damals nicht funktioniert – doch hoffen manche, es könne heute ein Erfolgsrezept werden, noch dazu mit grünem Flair, wenn die wachstumswirksamen Investitionen vor allem in ökologische Bereiche gehen. Sie nennen daher ein ökologisch orientiertes Investitions- und Wachstumsprogramm in Erinnerung an die Politik Roosevelts gegen die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre einen «Green New Deal».
Doch in einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich auch grüne Investitionen rentieren, sie müssen profitabel sein. Ohne Profit kein Investitionsanreiz. Auch grüne Unternehmen werden also die Lohnstückkosten zu senken versuchen, die Arbeitsproduktivität und -intensität heben, die Arbeitszeiten ausdehnen und die Löhne und Gehälter drücken. Sie streben wie alle anderen Unternehmen auch nach überlegener Konkurrenzfähigkeit im europäischen und im globalen Wettbewerb. Sie verdrängen die weniger erfolgreichen Unternehmen und leisten auf jeden Fall ihren Beitrag zur Überproduktion auf globalen Märkten – zumal wenn die Kaufkraft der Massen wegen der Austerity-Maßnahmen beschnitten wird und daher auch für das «grüne Wachstum» unzureichend ist. Die Krise wird also zu überwinden versucht, indem die nächste Krise vorbereitet wird. Sie kündigt sich in Gestalt der «Ungleichgewichte» auf den globalen Märkten zwischen den großen wirtschaftlichen Macht- und Währungsblöcken – USA, Europa, China, aber auch Brasilien, Russland, Indien und einigen anderen Ländern mehr – und im Euroraum zwischen den Überschuss- und den Defizitländern an. Da die Finanzierung von Defiziten mit dem Aufbau von Schuldenpositionen verbunden ist, die Überschüsse aber als Finanzanlagen verwendet werden können, werden die finanziellen Spannungen verstärkt, die sich als Finanz-, Schulden- und Währungskrise entladen.
Und nicht nur das. Die Krise wird auch in andere als die ökonomischen Lebensbereiche ausgedehnt. Auch nachhaltiges Wachstum kommt nicht ohne Naturverbrauch aus. An den Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen und der Belastbarkeit von Schadstoffsenken des endlichen Planeten Erde stößt bekanntlich auch das Wachstum an Grenzen. Das ist seit den Publikationen des Club of Rome in den frühen 1970er Jahren ein Gemeinplatz. Oder können, wie manche meinen, auch die Grenzen wachsen? Sicher, das ist denkbar. Doch auch wachsende Grenzen bleiben Grenzen, die nicht deshalb unerheblich werden, weil sie «wachsen». Das wegen «Peakoil» begrenzte Angebot an Treibstoffen mag wachsen, wenn erneuerbare Treibstoffe aus Biomasse genutzt werden. Doch nun wird unweigerlich die Landnutzungskonkurrenz schärfer. Das «Wachstum der Grenzen» der Treibstoffversorgung für Automobile, also das Ausweichmanöver vor «Peokoil», zieht die Grenzen bei der Landnutzung für die Nahrungsmittelproduktion enger. Statt Peakoil haben wir es nun mit «Peaksoil» zu tun. Biomasse für den «Tank oder für den Teller» wird zum Thema im Diskurs über das Wachstum der Grenzen. Die Art der Überwindung der ökonomischen und finanziellen Krise hat unweigerlich eine Nahrungskrise, in vielen armen Weltregionen sogar eine Hungerkrise zur Folge.
Auch wenn die Grenzen der fossilen Energieträger durch den Übergang zur Elektromobilität «wachsen», braucht man doch seltene Metalle und Erden für die Motoren, Batterien und Transformatoren und stößt daher sehr schnell auf physische Grenzen, auf Grenzen nationaler Energiesicherheit, auf Grenzen, die mit steigenden Preisen für diejenigen errichtet werden, die nicht über die notwendige Kaufkraft verfügen, auf Lieferschwierigkeiten. Grenzen überall. Die Idee der wachsenden Grenzen als Lösung für die Grenzen des Wachstums ist also eine ziemlich bornierte Vorstellung, auch wenn sie sich grün gibt.
Doch könnte, so wird vor allem von Gewerkschaftern eingewandt, das Wachstum immateriell oder virtuell sein und die Nachteile des grünen «Wachstums der Grenzen» vermeiden. Doch was ist virtuelles Wachstum ohne den Verbrauch von Stoffen und Energien, die doch wieder begrenzt sind? Wachstum ohne Gebrauchswerte ist pures Wachstum der Preise, also Inflation. Diese könnte zur partiellen Vernichtung von Geldvermögen und implizit auch zur partiellen Entwertung von Schulden beitragen. Doch sollte diese durch einen Schuldenschnitt erfolgen, nicht durch Inflationierung, die ja alle, die auf die Wertbeständigkeit von Geldforderungen angewiesen sind – also auch Rentnerinnen und Rentner, Transfereinkommensbezieherinnen und -bezieher, kleine Sparerinnen und Sparer etc. –, enteignen würde.

7. ARGUMENT: DER ÜBERGANG IN EINE «DE-GROWTH» UND «NON-PROFIT»-ÖKONOMIE IST MÖGLICH.

Könnte aus ökologischen und sozialen Gründen nicht dafür gesorgt werden, dass statt der materiellen Produktion die immateriellen öffentlichen Dienste ausgeweitet werden? Gibt es nicht im Gesundheits- und Bildungswesen, bei der Betreuung von Kindern und älteren Menschen, in der Solidaritäts- und Bürgerarbeit, bei der Mediation von Konflikten oder bei der Gestaltung der Geschicke des Gemeinwesens viele und zumeist sehr arbeitsintensive Investitionsgelegenheiten? So ist es, nur müssten diese hohe Kompetenz verlangenden Bereiche als öffentliche «non-profit»-Aktivitäten organisiert und als solche ausgedehnt werden. Sie

sind kapitalistisch und profitabel nicht zu betreiben, es sei denn mit Subventionen, die aber aus dem Wachstum mit Hilfe der Steuereinnahmen abgezweigt werden müssten. «De-growth» oder «Schrumpfung» der Ökonomie, von Wachstumskritikern befürwortet, reicht nicht, es müsste als Ausweitung des «non-profit-Sektors» organisiert werden. Die Alternative zu Austerity und Wachstum verlangt also den Übergang in «post-kapitalistisches» Gelände. Die «Systemfrage» lässt sich nicht vermeiden, sie liegt auf der Zunge.

8. ARGUMENT: DER SCHULDENSCHNITT IST UNVERMEIDLICH. DER KRISE KÖNNTE DURCH EIN FAIRES UND TRANSPARENTES INSOLVENZVERFAHREN DIE SCHÄRFE GENOMMEN WERDEN.

Wenn es nicht möglich ist, aus den Schulden herauszuwachsen und die Prügel der Austerity europaweit Empörung auslösen und Millionen Menschen von Athen bis Madrid, von Reykjavik bis London auf die Straße treiben, kommt zur Überwindung der Krise nur eine radikale Entschuldung der überforderten Schuldner(länder) in Frage. Es ist paradox: die Krise wird zwar als Finanzkrise wahrgenommen und auch so bezeichnet. Wenn aber nach Lösungen der Finanzkrise gesucht wird, geraten zu allererst die Schuldner ins Visier, die Kreditgeber bleiben außerhalb der Überlegungen, so als ob sie nicht integraler Teil und Akteur der Finanzbeziehungen wären. Vielmehr laufen die Maßnahmen der Bewältigung einer Finanzkrise immer darauf hinaus, die Gläubiger zu entlasten und den Schuldnern die gesamte Anpassungslast aufzudrücken. Die Lösung einer Finanzkrise wird also immer asymmetrisch von der Herstellung der Schuldendienstfähigkeit der Schuldner erwartet. Zu diesem Zweck ist die Austerity erfunden worden. Dass eine Finanzbeziehung auch Gläubiger kennt, die ebenfalls ihren Beitrag zur Bewältigung einer Finanzkrise leisten müssen, kommt kaum zu Bewusstsein.

In der «Realwirtschaft» tragen die «Investoren», sprich die Kapitalgeber, das Risiko der Investitionen und sie haften für Verluste. Finanzinvestoren jedoch dürfen eine Sonderrolle spielen, weil in kapitalistischen Gesellschaften, wie Karl Marx schon wusste, das Geld das «wahre Gemeinwesen» ist und Kreditgeber daher meinen, mit Fug und Recht das Wort der Indignados in abgewandelter Form für sich in Anspruch nehmen und durchsetzen zu können: «Wir Finanzinvestoren zahlen nicht für unsere Krise». Unter «Geld» verstehen sie nur ihre Guthaben, nicht die logische Gegenbuchung der Schulden der anderen. Man muss Geld schon als ein soziales Verhältnis begreifen, um den Fetischismus überwinden zu können, nur Forderungen seien Geld, nicht aber die Verpflichtungen, ohne die die Forderungen wertlos wären.

Wenn Schulden reduziert werden, wenn also der deutschen Forderung in der europäischen Finanzkrise Folge geleistet wird und die Schulden «gebremst» werden, müssen auch Guthaben, Geldvermögen reduziert werden. Niemand kann sich dieser Logik des Geldes, auch nicht mit dem Verweis auf das hehre Eigentumsrecht, verschließen. Daher sind sogar Banker und andere Geldvermögensbesitzer zu einem «haircut» bereit; sie ahnen zumindest, dass ihre Forderungen nichts wert sind, wenn Schuldner nicht zahlungsfähig sind. Der «Haarschnitt» war bisher allerdings so freundlich, harmlos und schmerzlos wie das Wort klingt: der Forderungsverzicht von Banken im Falle Griechenlands stellt sich bei näherer Betrachtung als Kosmetik, als großer Bluff heraus. Denn die Forderungen, auf die Banken im Falle Griechenlands 2011 verzichten, werden gegen Papiere des europäischen Rettungsfonds EFSF zwar nicht in voller Höhe, doch weil sie mit größerer Sicherheit und höherer Verzinsung ausgestattet sind, vorteilhaft getauscht.

Ein Insolvenzverfahren könnte da eher die Gläubiger einbeziehen, wenn es denn fairen und transparenten Regeln folgt. Die Liberalisierung der globalen Finanzmärkte hat alle möglichen Finanzinnovationen gebracht, sofern sie der Expansion der Finanzmärkte und der Rendite von «Finanzinvestoren» dienlich sind. Dazu gehören die abenteuerlichen «Wert»papiere, die mit offiziellem Segen «originiert» werden durften, die spekulativen Fonds, die Steuer- und Finanzoasen, in denen sich eine mächtige Halbwelt von Finanzkriminellen tummelt, die ihre Renditen mit Geldwäsche und Steuerhinterziehung machen, die Rating-Agenturen, ohne deren – staatlich anerkanntes – Placet Wertpapiere von Anbeginn an wertlos wären. Das System der Finanzmärkte ist darauf angelegt, ohne Rücksichtnahme auf Natur, Gesellschaft, ökonomische Grenzen zu expandieren, also Blasen zu werfen, die irgendwann platzen müssen.

In der Krise aber zeigt sich ein entscheidender Regulierungsmangel. Denn es gibt kein geregeltes Verfahren der Beteiligung von Gläubigern an den Verlusten einer gescheiterten Kreditbeziehung. Die Schuldner müssen zahlen, und wenn sie nicht mehr können, ist die Pleite unvermeidlich. Nur: Staaten mit ihrem Institutionensystem, dem Territorium und dem Staatsvolk, den legalen Verpflichtungen und der Staatsmacht verschwinden weder von der Landkarte noch können sie aus irgendeinem Register gelöscht werden. Die extrem hohen Schulden der USA haben ja nicht zur unmittelbaren Folge, dass das Atomwaffenarsenal rostet oder keine Killer-Drohnen zur Verfügung stünden oder die USA sich nicht mehr so hohe Militärausgaben leisten wie die gesamte übrige Welt einschließlich Russland und China zusammengenommen. Selbst das durch den Neoliberalismus de-industrialisierte Großbritannien bringt es noch auf eine beachtliche Militärmacht und es ist auch bereit ist, diese Macht für die eigenen Interessen einzusetzen. Der Krieg gegen Libyen hat sich ja als gutes Geschäft für die Rüstungs- und vor allem für die Ölindustrie herausgestellt.

Im Prinzip hat sich zwar gegenüber den Zeiten, als Schuldner bei Zahlungsunfähigkeit in den Schuldturm geworfen wurden, nichts geändert. Die Schuldnerländer sollen, wenn sie denn militärisch und politisch schwach sind, zahlen, und wenn sie nicht können, werden Swap-Verfahren ersonnen, wie schon immer in der Geschichte: Schulden gegen Land (so haben sich die USA einen Teil des mexikanischen Territoriums, das einst bis zum heutigen Oregon reichte, angeeignet), «debt for equity»-Swaps, also Schulden gegen Vermögenswerte im Zuge von Privatisierungen, «debt for nature», Schulden gegen begehrte Naturstücke, so wie heute die griechischen Inseln und Strände als Gegenwert der unbezahlbaren griechischen Schulden ins Gespräch gebracht werden.

Eine formelle Insolvenzregelung gibt es nicht. Doch darf die Entschuldung nicht auf einen Tausch der (Geld)Aktiva in reale Aktiva reduziert werden, so dass die Gläubiger mit einem Wertetausch ohne Abschreibungen von Werten davon kommen und die Schuldner die ganze Last der Entschuldung tragen und nach der Austerity noch dazu durch Privatisierung von Vermögenswerten enteignet werden. Darin kommt eine weitere Asymmetrie zum Ausdruck: Die Expansion der Finanzmärkte bei guten Geschäften regelt sich quasi von allein und die rechtlichen Regeln «emergieren» fast spontan aus den ökonomischen Beziehungen und dem sie steuernden (privaten) Interesse an hohen und sicheren Gewinnen. Die Kontraktion von Finanzbeziehungen mit souveräner Beteiligung hingegen erfolgt bislang weitgehend regellos ad hoc, und das heißt dann zumeist, dass die Verluste sozialisiert werden, um die privaten Gewinne zu retten. Dann kommen dafür in Schuldner- wie in Gläubigerländern jene Steuerzahler auf, die wenig Spielraum zur Steuergestaltung haben. Goldmann & Sachs zahlt fast keine Steuern, die durchschnittliche Steuerlast auf Lohn- und Gehaltseinkommen beträgt in Frankreich 41,4 Prozent, in Deutschland 39,2 Prozent. Es müssen daher Regeln festgelegt werden, nach denen Schulden und Guthaben symmetrisch und unter Beachtung von Kriterien der Gerechtigkeit verringert werden. Nicht nur die Schulden, auch die Finanzvermögen müssen schrumpfen. Der hypertrophe Finanzsektor muss verkleinert werden.

9. ARGUMENT: DIE BESTEUERUNG VON VERMÖGEN UND VON HOHEN EINKOMMEN IST NICHT NUR AUS GRÜNDEN DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT SONDERN ZUR ÜBERWINDUNG DER FINANZKRISE UNABDINGBAR.

Damit nicht wieder wie in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten gewaltige Geldvermögen gebildet werden können, weil die Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen überall in der Welt enorm abgesenkt worden sind, müssen diese Steuern nicht nur aus Gründen der Steuergerechtigkeit, sondern als Spekulationsbremse wieder angehoben werden. Eine weitere Asymmetrie gilt es also zu beseitigen: Es gibt zwar europäische Regeln zur Deckelung des fiskalischen Defizits auf der Ausgabenseite, aber keine gemeinsamen, europäischen Standards für die Staatseinnahmen, insbesondere die Steuern. Da herrscht Steuerwettbewerb und der hat die fatale Wirkung einer Absenkung von Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen und einer Lockerung von Regeln der Steuererhebung, so dass die Steuerbelastung von Vermögen und hohen Einkommen rückläufig ist. Körperschaftssteuern sind überall in der EU in den vergangenen zwei Jahrzehnten abgesenkt worden: besonders stark in Deutschland von 1990 bis 2009 von 50,0 Prozent auf 15 Prozent, in Griechenland von 46 Prozent auf 25 Prozent, in Frankreich von 37 auf 33,3 Prozent, in Irland auf nur 12,5 Prozent usw. (Euromemo 2010/2011). Diese Vermögen werden angesichts des beklagten «Anlagenotstands» spekulativ verwendet. Sie destabilisieren die Finanzmärkte. Um dies zu verhindern, sind eine Vermögensabgabe und eine Steuer auf Finanztransaktionen geeignete Instrumente. Für letztere könnte sich auf europäischer Ebene inzwischen eine Mehrheit finden, sofern die sozialen Bewegungen für eine gerechte Besteuerung weiter aktiv bleiben und politischen Druck ausüben.

10. ARGUMENT: WEGEN DER UNFÄHIGKEIT DES «MAINSTREAMS» DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN IST «ÖKONOMISCHE ALPHABETISIERUNG» HEUTE NOTWENDIGER DENN JE.

Dass über Lösungen der Finanzkrise, über Wege zu ihrer Überwindung so wenig debattiert wird, hat auch mit dem herrschenden ökonomischen Wissen zu tun. Dieses ist befangen in Denkmustern von Sachzwängen, von Alternativlosigkeit. Walter Benjamin hat «Kapitalismus als Religion» interpretiert. Da ist vieles dran. Schuld und Schuldiger kommen bereits im «Vaterunser» vor und nicht erst in der modernen Welt der Finanzmärkte. Die Wirtschaftswissenschaftler verhalten sich wie Hohepriester einer Religion und sie tragen das ihre dazu bei, dass dem kapitalistischen Herrschafts- und Reproduktionszusammenhang die Weihe des Religiösen, des Heiligen und Unabänderlichen zuteil wird. Ihr Fetischismus ist nicht nur falsches Bewusstsein, ein Kainsmal des verblendeten Wissenschaftlers, sondern Voraussetzung dafür, dass technische Analysen ohne kritisches Hinterfragen als göttlicher Ratschluss unterbreitet werden. Das ist für politische Entscheider nützlich, und es bringt den Urhebern Reputation, die viel Geld wert ist. Manche Wirtschaftswissenschaftler sind käuflich und lassen die Auftraggeber mit ihren Machwerken Meinungsmache betreiben. Es kann dabei passieren, dass sie sich selbst desavouieren, so wie ein Mitglied der US-amerikanischen Wirtschaftsweisen, das Island höchste Finanzstabilität just in dem Moment bescheinigte, als das isländische Kreditkartenhaus mit dem Bankrott aller drei größeren Banken der Insel zusammenfiel.

Die Wirtschaftswissenschaft ist Teil des Räderwerks, das die Finanzmärkte auf Hochtouren gebracht hat und auch in der Krise noch knirschend am Laufen hält. Die Theorie der «rationalen Erwartungen», der Glaube an die segensreiche Wirkung von freien Märkten im Allgemeinen und an die Effizienz der Finanzmärkte im Besonderen, die Zurückweisung sozialstaatlicher Korrekturen des Marktgeschehens, der Glaube daran, dass Freihandel allen Handelspartnern zum Vorteil gereiche, gehören zu den Fundamentalismen, die die politische Klasse verinnerlicht hat und die in akademischer Forschung ausgefeilt und in der Lehre unter die Leute gebracht werden, und zwar weltweit, fast ohne Ausnahme. Viele Mechanismen sorgen dafür, dass sich die ökonomischen Fundamentalismen durchsetzen, z. B. bei der Vergabe der so genannten Nobelpreise für Wirtschaftswissenschaften – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen.

Ja, es gibt alternative Ökonomie und alternative Ökonomen, die der Aufforderung Immanuel Wallersteins folgen und die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften «kaputtdenken», um Denkblockaden aus dem Weg zu räumen. Auch versuchen sich gegen den religiösen mainstream heterodoxe Keynesianer zu behaupten, auch wenn sie von den Markt-Fundamentalisten als «Sektierer» verfolgt werden und an vielen (deutschen) Universitäten Stellen und Einfluss verloren haben. Eine postautistische Ökonomie hat sich entwickelt und internationale Netzwerke gebildet, hat sich aber noch nicht in der akademischen Welt etablieren können. Der Marxismus ist zäh, selten, randständig und fast ohne Einfluss im Wissenschaftsbetrieb.

Es ist wichtig, die Wirtschaftswissenschaft nicht den Fundamentalisten zu überlassen, wenn Lösungen für die Krisen der

Finanzmärkte, der Wirtschaft, aber auch der Natur und Politik gesucht werden. Den institutionalisierten Wächtern über die christliche Religion wurde in der französischen Revolution aggressiv und aufklärerisch «Écrasez l'infame» entgegengerufen. Heute geht es um Vergleichbares. Fortschritte bei der Überwindung der Krise sind nur gegen die ökonomische Religion, gegen die neoliberalen Fundamentalisten und ihre wissenschaftlich fragwürdigen Glaubenssätze, mit denen der Kapitalismus vergöttlicht wird, zu erwarten. Konzepte gegen die Krise dürfen also die Wissenschaft und die Ideologien nicht aussparen. Die Lösung der Krise wird nur gelingen, wenn der ökonomische Mainstream «kaputtgedacht» wird. Das bedeutet auch, dass die vorherrschende Krisen-Geschichte negiert werden muss, die der mediale und der politische Mainstream erzählen. Dort wird von selbstverschuldeten, mehr oder weniger unabhängigen Krisen in Griechenland, Irland, Spanien und andernorts gesprochen, die mit Faulheit, Korruption und ausufernder Sozialstaatlichkeit zu tun haben. Diese Geschichte wird mit dem Zweck erzählt, Konflikte zwischen den Menschen verschiedener Länder zu stimulieren und anzuheizen, um den wahren Verteilungskonflikt hinter der Krise zu verschleiern: den zwischen der gesamten europäischen Gesellschaft auf der einen und Banken, Super-Reichen und Konzernen auf der anderen Seite. Solange diese Konfliktlinie verschleiert bleibt, können die Herrschenden die Krise nutzen, um eine rasante Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben als alternativlose Krisenpolitik zu verkaufen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Intensivierung der solidarischen, gemeinsamen Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure in ganz Europa. Die politische Bühne, auf der dieser Konflikt ausgetragen wird, ist die europäische. Ein starkes Europäisches Sozialforum wird dringender gebraucht denn je. Die widerständigen Aktivitäten sind noch viel zu stark auf die politische Bühne der Nationalstaaten orientiert. Dabei sind die Parlamente und Regierungen der am härtesten betroffenen Länder längst entmachtet. Die Strippenzieher der so genannten Krisenpolitik dieser Zeit sitzen vor allem in den Zentralen der großen Bankhäuser, in der Europäischen Kommission, in der Europäischen Zentralbank, im IWF sowie in den Finanzministerien der kreditgebenden Länder, insbesondere Deutschlands und Frankreichs. Auf diese Akteure gilt es, europäischen Druck von unten auszuüben. Dieser Druck darf sich nicht nur auf den Plätzen in Madrid und Athen kanalisieren. Er muss auch in Berlin, Paris und Brüssel spürbar werden. Er ist die Antwort der europäischen Demokratinnen und Demokraten auf die im Verlauf der Wirtschaftskrise immer mächtiger werdenden Oligarchen und Plutokraten.

HINWEIS

Im 2001 gegründeten Wissenschaftlichen Beirat von Attac (www.attac.de/beirat) sind weit über 100 ProfessorInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen zusammengeschlossen. Sie vertreten ein breites Spektrum unterschiedlicher Fachrichtungen. Engagiert sind Ökonomen, Soziologen, Politologen, Juristen, Psychologen und Fachleute anderer Professionen. Ihnen gemeinsam ist die Absicht, ihre Expertise in den Dienst des globalisierungskritischen Netzwerks Attac Deutschland stellen. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind sich grundsätzlich einig über ihre kritische Haltung zur gegenwärtigen Richtung der Globalisierung. Dies schließt Pluralismus in Methoden, Zielen und Ergebnissen sowie differierende Positionen nicht aus. Der Wissenschaftliche Beirat versteht sich nicht als Teil des globalisierungskritischen Netzwerks Attac Deutschland, sondern als unabhängiges Gremium, das seine eigenen Einschätzungen vertritt.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-434
Fax -122 · thimmel@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE 35/2011: Okt. 2011